

## Neun Fragen zur Sozialen Frage

Anlässlich von Wahlen gehen wir, die Demokratiebegleiter/-innen im Sozialunternehmens NEUE ARBEIT gGmbH, auf Parteien zu, um ihnen Fragen aus dem sozialen Themenbereich zu stellen. Diese stellen wir dann auf unserer Homepage ein, um über verschiedene soziale Anliegen zu informieren und darüber hinaus zum Wählen zu motivieren. Im Folgenden finden Sie neun Fragen aus dem sozialpolitischen Bereich zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März und die Antworten der im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien.

Zum Zeitpunkt der Befragung der Demokratiebegleiter/-innen war die AfD nur in einzelnen Bundesländern als Rechts-Extremismus-Verdachtsfall eingestuft, jedoch nicht in Baden-Württemberg. Wir weisen darauf hin, dass Medien zufolge, am 3.3.2021 bekannt wurde, dass die gesamte AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Rechts-Extremismus-Verdachtsfall hochgestuft wurde. Laut Medienberichten vom 5.3.2021 beschloss das Kölner Verwaltungsgericht, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD bis zum Abschluss eines Eilverfahrens nicht als rechtsextremistischen Verdachtsfall einordnen und beobachten darf.

### 1. Armut- und Reichtumsbericht

***2015 erschien der erste Armut- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg. Werden Sie sich für einen neuen einsetzen?***



Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 haben wir die Grundlage gelegt, damit endlich anerkannt wird: Soziale Ausgrenzung und Armut sind eine landespolitische Herausforderung!

In dieser Wahlperiode sind wir noch einen Schritt weiter gegangen. Gemeinsam mit der Familienforschung Baden-Württemberg, einer sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtung im Statistischen Landesamt, haben wir das so genannte „Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg“ entwickelt. Es liefert Kennzahlen für Baden-Württemberg zu zentralen Themenfeldern der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Daten werden jährlich auf Grundlage eines mehrdimensionalen Armutskonzepts aktualisiert. Für das Themenfeld „Armut und Reichtum“ stellt dieses Gesellschaftsmonitoring somit regelmäßig aktuelle Daten zur Verfügung. Gemeinsam mit einem Beirat, in dem Wissenschaft, Politik, Sozialverbände und Betroffene vertreten sind, wollen wir diese Daten nutzen, um neue Impulse für die Armutsbekämpfung zu entwickeln.

Die Daten und Konzepte in diesem Bereich werden also laufend weiterentwickelt. Ein offizieller Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht ist daher momentan nicht geplant.



Wir haben uns bereits im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode zu einer regelmäßigen Berichterstattung über die Situation von Reichtum und Armut im Land bekannt. Die Bereitschaft dazu besteht fort.



Der kontinuierliche Prozess der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist uns sehr wichtig. Verbunden mit der Berichterstattung im Bund können Entwicklungen dargestellt, Gegenmaßnahmen entwickelt und bewertet sowie ihre Wirksamkeit überprüft werden. Unverzichtbar ist auch der Diskussionsprozess mit den Beteiligten.



Ja, denn wir brauchen die Analyse und die darin aufgeführten Kritikpunkte. Wichtig für uns ist dabei, dass es ein ehrlicher und schonungsloser Bericht unter Benennung der tatsächlichen Ursachen wird. Unser Ziel ist die Beseitigung der Ursachen von Armut und nicht lediglich der Folgen.



Wir haben bezüglich des Phänomens der Armut kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem. Es gibt genügend Daten. Es ist vielmehr geboten, zielgerichtete Strategien nicht nur zu entwickeln, sondern auch tatsächlich umzusetzen.



Ja! In Baden-Württemberg wächst jedes fünfte Kind (bei Kindern mit Migrationshintergrund sind es sogar 30 Prozent) in armutsgefährdeten Verhältnissen auf. Bei solchen Zuständen keine neue Auflage des Armut- und Reichtumsbericht zu fordern, käme aktivem Wegschauen gleich. Letztlich ist uns vor allem wichtig, dass die soziale und materielle Ungleichheit in unserer Gesellschaft nicht nur erfasst, sondern auch konsequent bekämpft wird!

## 2. Wohnen / Sozialwohnungen

***Arme und armutsbedrohte Menschen (15,2% in 2018) sind auf günstigen Wohnraum angewiesen, aber die Anzahl der Sozialwohnungen in Baden-Württemberg geht insgesamt zurück. Waren es 2017 noch 58 400, gab es 2019, geschätzt, 53 800.***

***Will Ihre Partei den Bau von Sozialwohnungen fördern? Wenn ja, in welchem Umfang? Wie soll das finanziert werden?***



Wohnen ist mehr als eine Adresse zu haben. Mehr als Zimmer, Küche, Bad. Wohnen bedeutet, ein Zuhause zu haben und eingebunden zu sein in eine Gemeinschaft. Jede\*r hat das Recht auf ein angemessenes und bezahlbares Zuhause. Insbesondere in den Ballungszentren Baden-Württembergs konkurrieren aber Familien, Alleinerziehende, Senior\*innen mit kleiner Rente und andere armutsbedrohte Menschen um günstigen Wohnraum. Deshalb wollen wir in den kommenden zehn Jahren dem Mietwucher die Grundlage entziehen und den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt erhöhen, sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein starkes Landeswohnraumförderprogramm auf den Weg gebracht und es mit 250 Millionen Euro jährlich ausgestattet. Mehr als eine Milliarde

Euro wird die grün-geführte Landesregierung bis 2021 in die Förderung von bezahlbarem Wohnraum investieren.

Wir haben auch die Kommunen gestärkt, damit diese mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Mit dem neu aufgelegten Grundstücksfonds des Landes ermöglichen wir es auch Städten und Gemeinden mit weniger Finanzkraft, Grundstücke aufzukaufen. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine vorausschauende und gemeinwohlorientierte Grundstücks- und Wohnungspolitik.

Als Land wollen wir beim Thema bezahlbarer Wohnraum mit gutem Beispiel vorangehen. Wo möglich, wollen wir die landeseigenen Wohngebäude aufstocken und so neuen, bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mit den jetzigen Eigentümer\*innen der 21.000 ehemals landeseigenen LBBW-Wohnungen wollen wir Gespräche führen. Unser Ziel ist, dass wir möglichst viele dieser Wohnungen nach Auslaufen des Kündigungsschutzes 2022 zum Beispiel mittels Belegungsbindungen bezahlbar halten.



Der Bestand an Sozialwohnungen im Land ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Der Immobilienmarkt mit Angebot und Nachfrage funktioniert in diesem Bereich nicht im erforderlichen Umfang. Wir werden deshalb in der Wohnraumpolitik des Landes einen Schwerpunkt auf die Schaffung sozialen Wohnraums setzen. Unser Ziel ist es, zu einer spürbaren Entlastung des sozialen Wohnungsmarktes zu kommen.

Mit dem Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG) haben wir die Grundlage geschaffen, eine angemessene wohnungsmäßige Versorgung einkommensschwächerer mit Steuermitteln zu unterstützen. Begünstigte sind allein Haushalte, die sich am Wohnungsmarkt ohne diese staatliche Unterstützung nicht mit Wohnraum versorgen können. Zu diesem Zweck fördert das CDU-geführte Wirtschaftsministerium sowohl die Begründung von Wohneigentum als auch die Schaffung von Mietwohnraum. Mit Sozialbindungen wird sichergestellt, dass das geförderte Objekt allein dem ins Auge gefassten Personenkreis dauerhaft als Wohnung dient. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Förderansätze seit dem Jahr 2016 kontinuierlich weiterentwickelt und die Programmatik sowohl inhaltlich als auch strukturell erheblich umgestaltet hat. Alle Wohnraumförderprogramme unter dem neuen Namen Wohnungsbau BW wurden unter Mitwirkung der Experten der Wohnraum-Allianz erarbeitet. Die intensive Erörterung der Fördertatbestände führte neben einem deutlicheren Praxisbezug der Programminhalte auch zu einer höheren Akzeptanz der von einem breiten Bündnis getragenen Programme.

Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode weiter fortsetzen.



Es ist vollkommen richtig, dass unter der grün-schwarzen Landesregierung die Zahl der Sozialwohnungen gesunken ist. Deshalb will die SPD eine echte Wohnraumoffensive starten. Dazu gehört die Einrichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die selbst und zusammen mit Gemeinden und Städten bezahlbaren Wohnraum schafft. Zudem wollen wir die Mittel für die Landeswohnraumförderung verdoppeln.

Insgesamt sollen bis 2026 rund 500.000 Wohnungen in ganz Baden-Württemberg gebaut werden, darunter viele tausend Sozialwohnungen. Ziel ist, dass es wieder deutlich mehr

Sozialwohnungen gibt, die zudem künftig mit einer Sozialbindung von bis zu sechzig Jahren ausgestattet sein sollen.



Wir brauchen für die Betroffenen selbstverständlich bezahlbaren Wohnraum. Allerdings erscheint es völlig unrealistisch, 15,2 Prozent der Bevölkerung vollständig in solchen unterzubringen. Derzeit sind nur ein Prozent aller Wohnungen Sozialwohnungen.

Wohnen muss generell für alle Bevölkerungsschichten wieder günstiger werden, beispielsweise durch den Abbau der völlig überzogenen Energieeinsparverordnungen, der CO<sub>2</sub>-Steuer und der Ökobürokratie in der Landesbauordnung. Durch solche Maßnahmen würden Kaltmiete und Nebenkosten unweigerlich sinken. In akuter Not ist für Betroffene Wohngeld oft die zielgenauere Lösung als eine Warteliste. Bei sozialem Wohnraum, der dennoch unbedingt ausgebaut werden muss, sollte das Land enger mit den Kommunen zusammenarbeiten, die hierzu oft intelligente Förderkonzepte erdacht haben.



Die Schaffung von neuem Wohnraum ist eine der großen Herausforderungen für Baden-Württemberg. Wir Freien Demokraten setzen uns daher für Konzepte der Nachverdichtung, die Ausweisung von neuen Bauflächen sowie eine Senkung von Bau- und Baunebenkosten sowie der Grunderwerbssteuer ein. All dies hilft, neuen Wohnraum zu schaffen und damit Wohnen auch preiswerter zu machen. Durch das Wohngeld oder aufstockende Grundsicherung werden wirtschaftliche Härten abgefedert.



Für uns ist Wohnen ein Grundrecht! Deshalb wollen wir im nächsten Landtag den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau kräftig ankurbeln. Bestehende Mieten wollen wir für sechs Jahre einfrieren. Dafür wollen wir einen Volksantrag einbringen, den wir gemeinsam mit Mietenbündnissen und den sozialen Initiativen vor Ort voranbringen wollen.

Die Wohnbaufördermittel des Landes für neuen Wohnraum und den Bau von Sozialwohnungen wollen wir erhöhen: 70.000 neue Wohnungen im Jahr, davon 30.000 Sozialwohnungen!

### 3. Grundsicherung

***Nach Ansicht von Wohlfahrtverbänden ist die Grundsicherung zu niedrig, der Regelsatz müsste bei über 600 Euro liegen. Zudem wird das Berechnungsverfahren kritisiert. Die Diakonie Deutschland hat deswegen ein alternatives Berechnungsverfahren vorgestellt.***

***Kennen Sie diese Vorschläge und wie stehen Sie dazu? Werden Sie sich über den Bundesrat für Änderungen bei der Höhe der Grundsicherung und für ein alternatives Berechnungsverfahren einsetzen?***



Ja, wir kennen die Vorschläge der Diakonie Deutschland für ein alternatives Berechnungsverfahren. Auch wir Grüne sind der Auffassung, dass die Hartz IV-Regelsätze seit Jahren auf derart niedrigem Niveau liegen, dass sie die

tatsächlichen Bedarfe nicht decken. Die Höhe des Regelsatzes geht an der Lebensrealität völlig vorbei!

Daher hat die grüne Bundestagsfraktion im Juni 2020 ein eigenes, wissenschaftlich fundiertes Konzept zur Berechnung der Regelsätze vorgestellt. Dabei werden verdeckt arme Menschen aus der Vergleichsgruppe herausgerechnet. Zudem wird - im Unterschied zur aktuellen Berechnung - darauf verzichtet, einzelne Bedarfe zu streichen.

Unser Ziel ist es, insbesondere die Möglichkeiten zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben deutlich zu verbessern. Dazu wollen wir die Regelsätze schrittweise auf ein existenzsicherndes Niveau anheben. Im Rahmen des Grünen Modells liegt der angestrebte Regelsatz für Erwachsene bei 603 Euro pro Monat - inklusive Strom und weißer Ware. Außerdem wollen wir - bis die Kindergrundsicherung umgesetzt ist - die Kinderregelsätze erhöhen.

Mittelfristig treten wir Grüne im Bundestag dafür ein, Hartz IV zu überwinden und durch eine Garantiesicherung zu ersetzen. Sie soll die Menschen auf Augenhöhe unterstützen, ihre gesellschaftliche Teilhabe garantieren und in schwierigen Zeiten Sicherheit geben.



Bei der Frage der Grundsicherung handelt es sich um ein Thema, welches in die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers fällt. Der Handlungsspielraum auf Landesebene ist leider sehr begrenzt. Allerdings wurden die gegenwärtige Höhe der Grundsicherung und das ihr zugrundeliegende Berechnungsverfahren vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet. Daher sehen wir gegenwärtig nicht die Notwendigkeit dies in Frage zu stellen. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass auch in Ausnahmesituationen schnelle und flexible Anpassungen erfolgen können. So wurde hier eine coronabedingte Sonderzulage von 150 € eingeführt.



Das Konzept der Diakonie ist uns bekannt. Die Kritik setzt vor allem bei den „Referenzeinkommensbereichen“ und dem „regelbedarfsrelevanten Konsum“ an - zwei wesentliche Aspekte, die auch in den letzten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Bedarfen immer eine große Rolle gespielt haben.

In der Landespolitik liegt die Zuständigkeit in der Armutsbekämpfung vorrangig bei der sozialen Infrastruktur. Beispielsweise ist es bei der Bekämpfung der Kinderarmut sehr relevant, dass arme Familien möglichst früh den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in guter Qualität und damit den Zugang zu frühkindlicher Bildung verwirklichen können. Ganztagesangebote mit kostenlosem Mittagessen auch im Grundschulalter sind eine wichtige Ergänzung. Unser Ziel ist es, die Rate der jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich zu senken - etwa auch mit der Hilfe von Schulsozialarbeit. Und wenn es dann doch passiert, brauchen wir gute Angebote auch im Erwachsenenalter für eine zweite Chance.

Daneben brauchen wir ein gutes Netz von sozialen Diensten, das auch Menschen, die auf eine lange Dauer Unterstützung benötigen, nicht allein lässt. Neben diesen Prioritäten werden wir uns sicher auch auf der Ebene des Bundes über die Regelsatzentwicklung beraten.



Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“).

Dabei schmilzt der staatliche Unterstützungsbetrag der Grundsicherung mit wachsendem Einkommen immer weiter ab, bis ab einem bestimmten Einkommen Einkommensteuer zu entrichten ist. Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig

mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot).



Die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung neu ausgerichtete Grundsicherung unter dem Schlagwort Hartz IV wurde vielfach kritisiert. Wir Freien Demokraten verfolgen die Zielsetzung eines Liberalen Bürgergelds. Damit möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden, entbürokratisieren und vor allen Dingen Menschen Arbeitsanreize bieten. Durch verbesserte Hinzuverdienstregeln wollen wir für Leistungsgerechtigkeit sorgen und Anstrengung würdigen. Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft muss jetzt erneuert werden, damit sozialer Aufstieg weiter möglich ist.



Wir lehnen das Hartz-IV Regime als menschenunwürdig ab und fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro. Das ALG I soll erheblich verlängert werden. Vor diesem Hintergrund stehen alternative Berechnungsverfahren für uns nicht so sehr im Fokus. Selbstverständlich begrüßen wir jedoch alle Initiativen, die sich für materielle Verbesserungen einsetzen, solange die politischen Mehrheitsverhältnisse eine grundlegende Reform des Grundsicherungssystems noch nicht möglich machen.

#### 4. Zuhören / Kommunikation / Partizipation

***Menschen in prekären Situationen beklagen sich oft darüber, dass sie nicht gehört werden. Wie gelingt es Ihnen, Menschen aus diesen Schichten zuzuhören und Sie zu beteiligen? Wie und in welchem Umfang informieren Sie sich über die Lage von Menschen in prekär lebenden Situationen?***



Mit dem Masterplan Jugend und dem Landesjugendplan stärken wir die Strukturen der offenen Jugendarbeit, die von verschiedenen Vereinen und Einrichtungen - auch der Diakonie - getragen wird. Der Masterplan setzt insbesondere darauf,

- Kinder und Jugendliche zu beteiligen,
- Demokratie zu fördern und
- sozial benachteiligte junge Menschen gezielt zu unterstützen.

Gemeinsam mit dem Landesbeirat für Armutsbekämpfung und Prävention und der Landesarmutskonferenz suchen wir nach Wegen, wie wir die Teilhabe von Menschen aus prekären Lebenslagen verbessern können.

2019 hat das grün-geführte Sozialministerium den zweiten Gesellschaftsreport „Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten“ vorgestellt. Ein Ergebnis: Regelmäßige soziale Kontakte wirken sich positiv auf die politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen in Baden-Württemberg aus.

Die Landesregierung hat daraufhin einen Förderaufruf „politische und gesellschaftliche Teilhabechancen trotz Armutsgefährdung“ gestartet - elf Projekte sind gefördert worden.

Diesen Weg werden wir weitergehen und Projekte zur besseren Teilhabe armutsgefährdeter Menschen finanziell unterstützen.



Die Kandidaten der CDU für die Landtagswahl sind in ihren Wahlkreisen bestens vernetzt. Sie stehen im stetigen Austausch mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren und sind oftmals auch ehrenamtlich stark eingebunden. Sie haben ihr Ohr an der Basis, gehen aktiv auf die Menschen zu und unterstützen, wenn sie Hilfebedarf erkennen. Sie sind damit auch gut über die Situation von Menschen informiert, die in prekären Verhältnissen leben.



In der Konzeption der Armuts- und Reichtumsberichterstattung, die die SPD ab 1998 im Bund und ab 2011 in Baden-Württemberg jeweils mit Unterstützung der Grünen eingeführt hat, ist der Beteiligungsprozess mit Menschen in prekär lebenden Situationen immanent. Wer das Glück hatte, weder finanzielle Armut, belastende Familien- oder Wohnverhältnisse oder etwa Arbeitslosigkeit selbst erlebt zu haben, der sollte sich mindestens mal mit Menschen besprechen, die dieses Glück aktuell nicht haben - und dann erst politische Entscheidungen zu sozialen Hilfen treffen.

Im Übrigen ist genau diese Kommunikation für die meisten Mitglieder der SPD prägend und für die Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf nahezu täglich eine gute Übung.



Wir sind Ansprechpartner für alle Bürger. Wir kümmern uns stets mit Nachdruck um ihre Anliegen und beantworten jede Anfrage. Die AfD setzt sich für die Anliegen der Bürger ein.



Wir haben in Baden-Württemberg sehr gut vernetzte Sozialverbände und Gewerkschaften, die mit dem gebotenen Nachdruck auf die Situation aufmerksam machen. Dieses engagierte Wirken der Verbände wird durch unmittelbare persönliche Begegnungen in den Wahlkreisen und bei Terminen vor Ort ergänzt.



Unter dem Label „Die Linke Hilft“ bieten wir im ganzen Bundesgebiet rund 120 kostenlose Sozial- und Rechtsberatungsangebote an. <https://www.die-linke.de/partei/die-linke-hilft/>

Dort versuchen wir den Menschen zum einen direkt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zum anderen aber auch sie zu ermutigen sich einzumischen und einzubringen. Das ist nicht immer einfach. Eine Anlaufstelle und eine Möglichkeit, um mit unserer Partei auf Augenhöhe ins Gespräch zu kommen, ist das auf jeden Fall.

## 5. Beteiligung prekärer Schichten / „Normales Leben“

*Die Spaltung der Gesellschaft schreitet weiter voran, in Arm und Reich, in Menschen mit guten und schlechten Jobs, in Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer. Die Verlierer dieser Entwicklung sind Menschen aus*

***prekären Schichten. Sie werden an den Rand gedrängt, etwa am Wohnungsmarkt, bei der Bildung oder der Lohnentwicklung.***

***Die meisten Menschen in den prekären Schichten möchten ein „normales Leben“ führen, doch in der Regel fehlen ihnen dafür die nötigen Zugänge und Ressourcen.***

***Was wird Ihre Partei auf Landesebene tun, damit diese Menschen ein „normales Leben“ führen und an der Gesellschaft teilhaben können?***



Die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern, ist ein wichtiges Ziel, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Die wesentlichen Entscheidungen dazu trifft der Bund.

Aber auch auf Landesebene tun wir etwas: Das Programm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ der grün-geführten Landesregierung ist ein Ideenlabor für die Arbeitsmarktpolitik. Mit innovativen Ansätzen zur maßgeschneiderten Assistenz von benachteiligten Menschen auf dem Arbeitsmarkt hat es zum Teil bereits Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden. So wird der Passiv-Aktiv-Tausch zur ergänzenden Finanzierung von leistungsgeminderten Beschäftigten mittlerweile vom Bund finanziert. Andere erfolgreiche Ansätze werden wir fortführen und weiterentwickeln.

Ein wichtiger Baustein ist das Netzwerk Teilzeitausbildung. Es ermöglicht insbesondere Alleinerziehenden und gesundheitlich beeinträchtigten jungen Menschen eine vollwertige Ausbildung. Über unser erfolgreiches Programm „BeJuga“ vernetzen wir Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung. Für junge Menschen, die aus allen schulischen Bezügen herausgefallen sind, wollen wir mit einem Modellprojekt „Produktionsschulen“ neue Zugänge schaffen. Hier sollen sie ihren Schulabschluss und die Ausbildungsreife nachholen können.

Auch Qualifizierungsprogramme speziell für sozial benachteiligte Menschen tragen zur Teilhabe an der digitalen Gesellschaft bei. Dazu gehört auch das Angebot einer assistierten Ausbildung speziell für die Berufe der Pflege und Alltagsbetreuung. Darüber hinaus brauchen wir eine weitergehende Förderung von sozialen Beschäftigungsunternehmen für soziale Integrationsjobs. Auch die unabhängige Erwerbslosenberatung in Arbeitslosenzentren hat das Ziel, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Die Beratung hilft dabei, Anträge zu stellen und Rechtsansprüche durchzusetzen. Sie fungiert auch als Vermittlerin und erleichtert so die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Die Grüne Linie in der sozialen Arbeitsmarktpolitik steht für eine passgenaue Unterstützung, um Menschen zu einer selbstbestimmten Teilhabe zu befähigen.



Partizipation und Teilhabe finden vor Ort statt. Sie können nicht staatlicherseits zentral verordnet werden. Entscheidend ist deshalb, dass wir die Menschen vor Ort mit niedrigschwelligen Angeboten erreichen und sie so in eine Struktur einbeziehen, in der sie sich einerseits mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten aktiv einbringen können und andererseits Unterstützung finden, wenn sie solche benötigen.

Auf Landesebene geht es darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass entsprechende Strukturen vor Ort entstehen können.

Ganz grundsätzlich wollen wir den Zusammenhalt in Nachbarschaft und sozialem Umfeld stärken. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zum Handlungsfeld der Quartiersentwicklung.



Dabei gehören nach unserem Verständnis auch sozialer Wohnungsbau, Wohnangebote für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sowie die Ermöglichung von Beratung, Information und Austausch zum Handlungsauftrag des Landes.

Zudem geht es uns vor allem um Bildungsgerechtigkeit und Familienförderung.

Wir wollen jedem einzelnen Kind mit seinen Begabungen und Fähigkeiten, seinem familiären und sozialen Hintergrund und mit seinen Bedürfnissen in unserem Bildungssystem gerecht werden. Bildung vermittelt nicht nur fachliche Kompetenzen, sondern unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung. Diese Bildung ist die beste Grundlage dafür, die Herausforderungen einer Zukunft zu meistern, die immer digitaler wird und in der immer schnellere und weitreichendere Veränderungen auf uns zukommen.

Starke Familien sind das Fundament einer starken Gesellschaft. Familien zu stärken, bedeutet deswegen unsere Gesellschaft zu stärken. Wir wollen deshalb Familien mehr Freiräume geben. Sie sollen füreinander da sein können und sie sollen ihr Familienleben so ausgestalten können, wie es ihren Wünschen entspricht. Echte Wahlfreiheit in diesem Sinne schafft Angebote, ohne ideologischen Druck auszuüben.

Der beste und effektivste Schutz vor Armut von Kindern und Familien ist eine Erwerbstätigkeit, die es Eltern ermöglicht, die Familie zu ernähren. Dementsprechend sind zunächst eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute Arbeitsmarktpolitik die wichtigsten Hebel zur Armutsprävention. Hier waren und sind wir in Baden-Württemberg höchst erfolgreich. Und diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Es geht uns zudem auch um die direkte materielle Unterstützung der Familien im Land:

Wir wollen den Landesfamilienpass weiterentwickeln. Künftig soll er bereits ab zwei kindergeldberechtigten Kindern beantragt werden können und zusammen mit dem jeweiligen Eintrittsgutschein einen weiteren Gutschein zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs am Besuchsort beinhalten.

Mit der Einführung eines Landesfamiliengeldes Baden-Württemberg, das unabhängig vom Einkommen, der Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung bezahlt werden soll, werden wir den Familien unmittelbar unter die Arme greifen.

Ergänzend werden wir - neben dem Ehegattensplitting - im Bund auf ein steuerliches Familiensplitting drängen, das die Familie als Ganzes bei steuerlichen Erleichterungen berücksichtigen soll.



Nach einem längeren Diskussionsprozess haben wir in der SPD 2019 neue Grundsätze in der Sozialpolitik beschlossen: Wer lange gearbeitet hat und dann aber seinen Job verliert, soll länger Arbeitslosengeld bekommen. Und wir wollen, dass jede und jeder das Recht auf eine gezielte Qualifizierung hat. Es soll damit den Anspruch auf insgesamt bis zu drei Jahre Arbeitslosengeld I geben. Denn wer seine Arbeit verliert und nicht sofort eine neue findet, soll sich auf Arbeitssuche und Weiterbildung konzentrieren können - und nicht Sorgen haben müssen, wie es weitergeht.

Mit dem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen; eine solidarische Arbeitsversicherung, die hilft, dass Arbeitslosigkeit erst gar nicht eintritt. Zusätzlich zum schon erreichten Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung wollen wir jetzt noch eine so genannte Qualifizierungsgarantie einführen. Das heißt: Ein Anspruch auf Umschulung, wenn der Arbeitsplatz wegzufallen droht - mit einer Lohnersatzleistung währenddessen.

Wir setzen an die Stelle von Hartz IV ein neues Bürgergeld. Es ist aus der Perspektive der Menschen gedacht, die den Sozialstaat brauchen: Mehr Verständnis und Respekt, eine bessere Beratung und Betreuung. Und wer noch keinen Berufsabschluss hat, bekommt das Recht, diesen nachzuholen - und geeignete Unterstützung dafür. Es sollen auch Qualifizierungen gefördert werden, die länger als zwei Jahre dauern können, bis hin zu einer vollständigen Berufsausbildung. Und zum Bürgergeld gehört auch ein Bonus für Weiterbildung.

Gute und beitragsfreie Kitas und Ganztagsangebote an Schulen gehören auch dazu. Kostenfreie Tickets für Busse und U-Bahnen. Sportvereine, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen, die sich alle leisten können. Und es geht darum, vor allem Familien, die wenig Geld haben, finanziell besser zu unterstützen - mit unserem Konzept der Kindergrundsicherung, das einfacher ist als die vielen Einzelleistungen bisher. Und gerechter! Denn bisher bekommen Kinder von Spitzenverdienern mehr Geld als andere. Künftig sollen aber die am meisten bekommen, die es brauchen.

Gerade in Zeiten, in denen sich der Arbeitsmarkt wandelt, brauchen wir mehr Tarifbindung und nicht weniger. Tarifverträge sind das Rückgrat unserer sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns für einen höheren Mindestlohn, mehr Tarifbindung und das Recht auf Arbeit ein. Das hilft nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern sorgt auch für höhere Renten. Auf der Landesebene wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern aus der sozialen Arbeit die Infrastruktur dafür sicherstellen.



Wir lehnen eine schrankenlose Globalisierung ab, weil sie die prekären Verhältnisse und Bedingungen begünstigt und ist für die Rückkehr zum Nationalstaat. Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, dass man wieder von seiner täglichen Arbeit leben kann und ein würdevolles Dasein bis zum Lebensende führen kann. Arbeit und Leistung muss sich lohnen.



Wir Freien Demokraten stehen zu den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Durch eine wachstums- und innovationsorientierte Wirtschaftspolitik schaffen wir die Werte, auf die ein Sozialstaat angewiesen ist. Wir setzen zudem auf einen umfassenden Bildungs- und Weiterbildungsansatz. Denn gute Bildung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung. Wir freuen uns, dass es eine Vielzahl von Weiterbildungsmöglichkeiten gibt - auch neben einem bereits ausgeübten Beruf. Das Meister-BaföG kann in Zeiten der Weiterbildung die wirtschaftliche Existenz sichern helfen.



Durch die grundlegende Neuordnung der Grundsicherungssysteme möchten wir allen Menschen ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

## 6. Arbeitshilfe / Qualifizierung

***Baden-Württemberg war Vorreiter bei der Entwicklung des Sozialen Arbeitsmarktes und beim Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) als Finanzierungsmodell dieser Maßnahmen.***

***Möchten Sie die Arbeitsmarktpolitik weiterentwickeln und wenn ja wie? Wie wollen Sie für Langzeitarbeitslose, Menschen mit Niedriglohn und gering Qualifizierte die Vermittlung und Qualifizierung verbessern und die öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen?***



Viele Unternehmen suchen Fachkräfte. Gleichzeitig bleiben einige Menschen chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit Jahren anhaltend hoch. Besonders ältere, gering qualifizierte, behinderte oder geflüchtete Menschen haben es oft schwer, eine angemessene Stelle zu finden.

Deshalb wollen wir:

- eine grüne Arbeitsversicherung einführen, die alle in Krisen absichert sowie nachhaltig qualifizieren und vermitteln kann.
- die Beratung, Unterstützung und Vermittlung in den Jobcentern verbessern.
- einen sozialen Arbeitsmarkt, der eine verlässliche dauerhafte Perspektive für Langzeitarbeitslose eröffnet.

Im Bund treten wir Grüne dafür ein, Hartz IV zu überwinden und durch eine Garantiesicherung zu ersetzen. Sie soll die Menschen auf Augenhöhe unterstützen, ihre gesellschaftliche Teilhabe garantieren und in schwierigen Zeiten Sicherheit geben.

Die Reform der Grundsicherung - hin zu einer grünen Garantiesicherung mit existenzsichernden Regelsätzen - wollen wir in eine umfassende Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Strategie einbetten. Diese zielt darauf ab, Arbeitsplätze zu schaffen, zu sichern und faire sowie auskömmliche Löhne sicherzustellen. Oberstes Ziel muss es sein, dass Menschen selbstbestimmt auf dem Arbeitsmarkt auftreten und von ihrem selbst erwirtschafteten Einkommen leben können.

Daher wollen wir den Mindestlohn auf 12 Euro anheben, das Tarifsystem sowie die vorgelagerten Sicherungssysteme stärken. Das schaffen wir, indem wir eine Kindergrundsicherung einführen und das Wohngeld ausbauen. Zudem wollen wir die Beschäftigten frühzeitig mit Blick auf ihre beruflichen Kompetenzen und Berufschancen stärken. Wir wollen die Beratung zur Weiterbildung verbessern und den Menschen in Bildungsphasen mit dem Weiterbildungsgeld mehr Sicherheit geben.

Mit einer verbesserten Garantiesicherung tragen wir dazu bei, die Armut zu verringern. Gleichzeitig sollen auch die unteren und mittleren Einkommen steigen, indem automatisch der Einkommensteuergrundfreibetrag angehoben wird. Die Regelsatzerhöhung käme also allen zugute - den Empfänger\*innen von Grundsicherungsleistungen und allen Beschäftigten.



Es ist unser ausdrückliches Ziel, zu verhindern, dass Menschen lange arbeitslos sind. Wir möchten den Menschen in Baden-Württemberg bereits sehr frühzeitig Perspektiven bieten und haben hierfür zahlreiche Maßnahmen ins Leben gerufen. Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm werden bereits Menschen gefördert, die Schwierigkeiten haben auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Unterstützt werden vor allem Langzeitarbeitslose, junge Menschen ohne Berufsausbildung, Alleinerziehende, ältere Menschen und Migrantinnen und Migranten beim Arbeitsmarktzugang. Bis 2022 werden hierfür insgesamt rund 9,3 Millionen Euro für das Landesprogramm zur Verfügung gestellt.

Ein neuer und besonderer Schwerpunkt liegt künftig auf arbeitslosen Eltern und deren Kinder. Denn Erziehende haben es besonders schwer, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Das

Projekt „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken“ (kurz „BeJuga“) setzt genau hier an. Wir sehen, dass Armut und soziale Ausgrenzung vererbt werden und das wollen wir durchbrechen. Weiter gefördert werden ebenfalls die Arbeitslosenberatungszentren. Diese sind wichtige Anlaufstellen geworden, denn für viele Menschen, die langzeitarbeitslos sind, ist der Gang zum Jobcenter nicht einfach.

Sofern sich aufzeigen sollte, dass es Bedarf gibt, an der ein oder anderen Stelle nachzusteuern, sind wir bereit, dies in der kommenden Legislaturperiode anzugehen.



Es war die SPD, die in ihrer Regierungszeit in Baden-Württemberg bis 2016 den sozialen Arbeitsmarkt entscheidend umgestaltet und das Instrument des Passiv-Aktiv-Transfers eingeführt hat. In den vergangenen Jahren hat sich hier nicht viel getan, sodass es hier neuen Schwung braucht. Dazu gehört eine Ausweitung des Passiv-Aktiv-Transfers sowie eine Qualifizierungsoffensive im Land, damit Langzeitarbeitslose, Menschen mit Niedriglohn und gering Qualifizierte neue Chancen erhalten.

Zusammen mit der Bundesebene, auf der wir u.a. mit dem Teilhabechancengesetz und dem Qualifizierungschancengesetz wichtige Vorhaben durchgesetzt haben, wollen wir auf dem Arbeitsmarkt viel bewegen und an unsere erfolgreiche Regierungszeit in Baden-Württemberg anknüpfen. Und auch das gehört zu diesem Thema: Aus unserer Sicht muss der Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.



In erster Linie steht die Bundesregierung in Verantwortung hier aktiv zu werden. Wir sind der Meinung, dass Menschen, die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, auch hier unterstützt werden sollten. Hierzu werden wir weiterhin die bisherigen Initiativen der Landesregierung evaluieren und uns dafür einsetzen, dass die rechtlichen Grundlagen den Anforderungen der Betroffenen angepasst werden.



Die Arbeitsmarktpolitik ist nahezu ausschließlich bundesrechtlich geregelt. Wir setzen auf passgenaue Hilfen, die die Rückkehr in das Arbeitsleben ermöglichen. Wir wollen mit den nötigen Freibeträgen erreichen, dass sich die Arbeitsaufnahme auch wirklich lohnt.



Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit bekämpfen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen. Dazu müssen 1. zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden - statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. 2. Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Und wir wollen 3. einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können.

## 7. Arme Familien / Bildungsungleichheit

***Wie wollen Sie arme Familien fördern? Wie wollen Sie Kinder aus prekären und bildungsfernen Haushalten fördern?***



Unser klares Ziel: Kein Kind soll in Armut aufwachsen! Deshalb wollen wir die regional erprobten Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Regionen des Landes etablieren. Im Bund setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll allen Kindern faire Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch damit wollen wir Kinderarmut wirksam verhindern und gleichzeitig alle Familien unterstützen. Besonders den Müttern und Vätern, die jeden Tag zu kämpfen haben, soll die Kindergrundsicherung ein deutliches Plus im Portemonnaie bescheren.

Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Auch deshalb haben wir die Gemeinschaftsschulen eingeführt und wollen sie weiter ausbauen. In der Gemeinschaftsschule lernen die Schüler\*innen länger miteinander und voneinander. Hier wird Inklusion gelebt. Das bereichert den Schulalltag und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn wir stehen gesamtgesellschaftlich vor enormen Herausforderungen. Die Gemeinschaftsschule gibt darauf gute Antworten. Sie sind leistungsstark, ganztägig und inklusiv. Sie fördern jedes Kind individuell - unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Durch individuelles Lernen tragen sie zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Unser Ziel ist es, jedem Kind den individuell bestmöglichen Bildungserfolg zu ermöglichen. Wir wollen Chancengleichheit! Der schulische Erfolg eines Kindes darf weder vom Geldbeutel noch von der Herkunft der Eltern abhängen. Wir wollen aus jedem\*jeder Schüler\*in das Beste herausholen.

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.



Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung der Kindergrundsicherung ein. Um Kinder aus der Armut zu holen, wollen wir außerdem eine bessere Kinder-Infrastruktur für Baden-Württemberg: gebührenfreie Kitas und Ganztagsangebote sowie kostenfreie Beförderung zur Schule.

Wir wollen allen jungen Menschen gleiche Bildungschancen bieten. Das ist aktive Zukunftspolitik für unser Land. Die Erkenntnis „Auf den Anfang kommt es an“ nehmen wir ernst. Grüne Sparwut und schwarze Desorganisation haben Baden-Württemberg in Sachen Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität zurückgeworfen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist eines klar: Keine Kürzungen im Bereich Kinder - Jugend - Bildung. Im Gegenteil: Hier muss investiert werden.

Die Ungleichheit in der Bildung hat sich weiter verschärft. Im „Homeschooling“ 2020 hatten diejenigen Nachteile, die nicht über die nötige digitale Ausstattung verfügten. Wir werden jeden Schüler und jede Schülerin spätestens ab der weiterführenden Schule mit einem Tablet samt Softwarepaket ausstatten. Schulsozialarbeit bauen wir weiter aus, genauso wie gezielte individuelle Förderung an allen Schularten. Wir wollen vorhandene Ungerechtigkeiten in unserem Schulsystem endlich überwinden.

Wir streben eine Ganztagsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag an - wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen. Das gilt auch für ein Ganztagsangebot in Ferienzeiten. Solche Angebote wollen wir schrittweise im Land einführen. Bis 2028 sollen 70 Prozent der Grundschulen Ganztagschulen sein.



Familien müssen generell entlastet werden und benötigen eine echte Wahlfreiheit bezüglich Eigenbetreuung und Fremdbetreuung der Kinder. Unter den jetzigen Bedingungen wie Homeschooling sind Kinder aus prekären Familien in jeder Hinsicht benachteiligt. Wir müssen schnellstens zurück zur Normalität, um den Zugang zu unserer hochwertigen und kostenfreien Schulbildung, die allen gleichermaßen offensteht, wieder zu gewährleisten. Allen Kindern muss vermittelt werden, dass sich Anstrengung und Leistung am Ende immer lohnt.



Für uns Freie Demokraten ist Sozialpolitik Chancenpolitik. Wir fordern nicht nur seit Jahren ein Liberales Bürgergeld, um das Dickicht der Vielzahl an Sozialleistungen zu lichten. Wir fordern auch die Weiterentwicklung des bisherigen Kindergelds hin zu einem Kinderchancengeld. Bisher gibt es über 150 verschiedene ehe- und familienpolitische Leistungen des Bundes, die um Förderungen und Leistungen der Länder und Kommunen ergänzt werden. Hier kann niemand mehr behaupten, dass er den völligen Überblick hat. Kinderarmut muss endlich durch effektive und nachhaltige Reformen bekämpft werden. Bildungszugang und Chancengerechtigkeit bilden die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Verantwortung. Die Lösung muss daher eine Reform sein, bei der alle bisherigen kindesbezogenen Leistungen gebündelt, vernetzt und vereinfacht werden. So kann ein einheitlicher Anspruch an einer zentralen Stelle entstehen. Das schafft die Möglichkeit einer kombinierten Beratung, Beantragung und Auszahlung. Und so lässt sich eine kongruente Förderung ohne unsinnige Brüche und Fehlanreize besser umsetzen.



Alle Menschen - ob mit oder ohne körperliche Beeinträchtigung, unabhängig von sozialer Herkunft oder ihrem Geburtsort - haben ein Anrecht auf die bestmögliche Bildung. Das gilt für Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Ausbildungsbetriebe, Fachhochschulen und Universitäten, für Musik- und Volkshochschulen sowie für Fort- und Weiterbildungen im Beruf. Deshalb setzen wir uns für eine kostenfreie Bildung - von der „Kita“ bis zur „Uni“ - ein. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

## 8. Corona

### ***Welche Konsequenzen aus der Corona-Krise muss das Land Baden-Württemberg im Sozialbereich ziehen?***



Kurzfristig fordern wir Grüne die Bundesregierung auf, für die Zeit der Corona-Krise einen befristeten Aufschlag von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder in der Grundsicherung zu zahlen. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten ist dieser Aufschlag mehr als notwendig!

Die Corona-Krise hat die soziale Ungleichheit im Land noch einmal verschärft. War das schon vor der Pandemie ein großes gesellschaftliches Problem, bedarf es jetzt erst recht einer Antwort.

Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass wir weiterhin gut und sicher durch die Krise kommen und wir stehen gleichzeitig dafür, dass wir die Lehren aus dieser Krise ziehen, um unser Gesundheitssystem krisen- und zukunftsfest zu machen. Dafür brauchen wir mehr

Pflegepersonal in den Kliniken und Heimen und setzen uns für attraktivere Arbeitsbedingungen ein.

Die Corona-Pandemie hat viele Menschen auch psychisch sehr belastet. Wir Grüne wollen die seelische Gesundheit der Menschen stärken und die Versorgungslücken in diesem Bereich schließen. Dafür wollen wir die psychotherapeutische Versorgung überall, insbesondere im ländlichen Raum, verbessern und die Schnittstellen zur Beratung und Prävention stärken.

Auch unsere Krankenhäuser wollen wir stärken. Noch nie hat das Land so viel in den Neubau von Krankenhäusern investiert wie unter der grün-geführten Landesregierung. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Investitionen in den Krankenhausbau deutlich erhöhen. Krankenhäuser sind Orte der Daseinsvorsorge, die zunehmende Kommerzialisierung in diesem Bereich lehnen wir ab. Unser Ziel ist es, dem Versorgungsanspruch aller Menschen gerecht zu werden.



Der Sozialstaat hat sich auch in der Corona-Pandemie grundsätzlich bewährt. Mit der zielgerichteten Umsetzung und Ergänzung der umfangreichen Bundeshilfen ist es gelungen, vielfach Schaden von unserem Sozialbereich abzuwenden. Zu nennen sind hier insbesondere die besonderen Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld, das Corona-Kinderkrankengeld, der vereinfachte Zugang in die Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie die Maßnahmen zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen.

Gleichzeitig hat die Pandemie deutlich gemacht, wo wir auch im Sozialbereich Nachholbedarf haben. Hier geht es zum Beispiel um digitale Teilhabe und um die bessere Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von Menschen in prekären Lebensverhältnissen bei der Umsetzung von Corona-Beschränkungen.

Nach Überwindung der Pandemie wird es vor allem darum gehen, zu vermeiden, dass sich eingetretene Verwerfungen verfestigen und perpetuieren.



Eine Krise wie die jetzige war nicht voraussehbar. Aber genau deshalb fehlten Pläne in der Schublade, wie man mit vergleichbaren Notlagen umgehen kann. Diese wären insbesondere im Bereich der gesundheitlichen Versorgung und in den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe mehr als sinnvoll gewesen. Wir müssen sie nach der Krise unbedingt erstellen, um auf eine nächste besser vorbereitet zu sein.

Bereits jetzt müssen wir uns vorrangig um die Menschen kümmern, die sonst zu den Verlierern gehören: Etwa Kindern aus Familien mit einem psychisch kranken Elternteil, die gerade die Stärkung durch außerfamiliäre Hilfen nicht erhalten, Kindern aus Familien, die die Schwächen des Homeschoolings nicht kompensieren können, Menschen mit Behinderungen, denen die Unterstützung wegbricht, von Gewalt bedrohte Frauen, die nur noch einen geringen Kontakt zur Außenwelt haben oder Menschen, denen die Kontaktarmut an die Seele geht.



Wir sind für ein sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen, um ein normales, soziales Leben wiederherzustellen. Niemals dürfen Maßnahmen einen größeren Schaden anrichten als die Krankheit selbst. Bei den Corona-Maßnahmen wurde dies nicht berücksichtigt. Viele dieser verordneten und unter erheblichen Zwang durchgesetzten Maßnahmen werden zu schweren sozialen, gesundheitlichen (psychischen und physischen) und wirtschaftlichen, teilweise irreparablen, Schäden führen.



Nachdem die Corona-Pandemie noch nicht vorüber ist und noch nicht alle Auswirkungen absehbar sind, ist es für eine Schlussbetrachtung derzeit noch zu früh.

Dem neuen Landtag von Baden-Württemberg ist es vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob angesichts der umfangreichen Thematik eine Enquete-Kommission gebildet wird.



Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise, sie bedroht nicht nur Gesundheit und Leben vieler Menschen, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe. Die Maßnahmen zur Verlangsamung der Coronainfektionen sind mit massiven Einschränkungen der Grundrechte verbunden. Die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben. Wir schlagen deshalb vor, über folgende Sofortmaßnahmen für einen umfassenden sozialen Schutz und schnelle staatliche Garantien zu diskutieren:

1. Für Menschen mit niedrigen Löhnen, bedeutet der Bezug des Kurzarbeitergeldes, dass laufende existenzielle Ausgaben kaum gedeckt werden können. Deshalb muss das Kurzarbeitergeld schnell auf 90 Prozent erhöht werden. Bei Unternehmen, die staatliche Hilfen oder Zuschuss Anspruch nehmen, fordern wir eine Arbeitsplatzgarantie.
2. Der erleichterte Zugang zu Grundsicherung muss schnell und wirkungsvoll erweitert werden. Eine Aussetzung der Anrechnung des Partner:inneneinkommens ist dringend geboten. Viele, denen jetzt ihre Einnahmen wegbrechen und die faktisch Anspruch auf Grundsicherung hätten, bekommen aus diesem Grund keinen Zugang zur Grundsicherung.
3. Es ist höchste Zeit für einen Corona-Zuschlag auf Sozialleistungen bzw. eine generelle Erhöhung der Hartz-IV Sätze und eine Verlängerung der ALG I Bezugszeiten.
4. Die Wohnung muss sicher sein. Mieter:innen brauchen ein Kündigungsmoratorium, das das Aussetzen von Stromsperrern in diesem Pandemie-Winter miteinschließt.
5. Werden Schulen und Kindergärten geschlossen, muss der Verdienstaufschlag für Eltern, die dann zu Hause bleiben müssen, gesichert sein. Ohne Sicherung keine Schulschließung. Schulen, Kindergärten und Bildungseinrichtungen sollten endlich mit wirksamen Luftfiltern und Luftaustauschern ausgestattet werden.
6. In allen Einrichtungen der Pflege und für Senior:innen sowie in allen Gemeinschaftsunterkünften sollten Personal und Bewohner:innen regelmäßig getestet und ihnen kostenfrei FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden. Die akute Notlage macht es dringender denn je: Es braucht jetzt ein attraktives Einstellungs- und Rückholprogramm für mehr Personal in der Pflege, in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen mit höheren Löhnen und einer langfristigen Beschäftigungsgarantie.
7. Derzeit ohnehin leerstehende Hostels, Landheime, Jugendherbergen und Hotels sollten durch die öffentliche Hand angemietet werden, um Notunterkünfte für Wohnungslose anzubieten und Menschen auf engem Wohnraum in der Quarantänezeit, die notwendige räumliche Trennung zu gewährleisten. Wer staatliche Wirtschaftshilfen in Anspruch nimmt, sollte auch verpflichtet sein, seine leerstehenden Räumlichkeiten für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung zu stellen.



8. Massenunterkünfte sind generell wegen ihrer Infektionsgefahr aufgrund der räumlichen Nähe durch eine dezentrale Unterbringung zu ersetzen. Sofern dies nicht anders möglich ist oder länger dauert, sollte mindestens schnelle temporäre Abhilfe geschaffen werden. Wo Abstandhalten nicht möglich ist, soll die Wohnverpflichtung in Erstaufnahmeeinrichtungen ausgesetzt werden.

## 9. Wahlen

### ***Was machen Sie im Sozialbereich anders als andere Parteien? Warum sollen Menschen aus prekären Schichten Sie wählen?***



Wir Grüne stehen wie keine andere Partei für Zusammenhalt in Vielfalt und für eine offene Gesellschaft, in der alle die gleichen Rechte und Chancen haben.

Gerechte Bildungschancen und selbstbestimmte Teilhabe sind für uns die Basis für eine solidarische Gesellschaft. Es macht für uns keinen Unterschied, wo jemand herkommt, welche sexuelle Identität er\*sie hat, ob er\*sie mit oder ohne eine Behinderung lebt, wie viel Geld er\*sie hat: Alle haben eine faire und gleichberechtigte Chance verdient - dafür kämpfen wir Grüne!

In unserem Wahlprogramm haben wir umfangreiche Ziele im Sozialbereich festgeschrieben, mit denen wir unsere Gesellschaft sozial gerechter gestalten wollen. Wir wollen u.a. Armut effektiv bekämpfen, die Pflegeberufe aufwerten und besser bezahlen, pflegende Angehörige entlasten, ein Antidiskriminierungsgesetz einführen, die Teilhabemöglichkeiten von Arbeitslosen, Menschen mit Behinderungen und Geflüchteten verbessern und bewährten Sozialraum-Projekten eine verlässliche Finanzierung ermöglichen.

All unsere Ziele haben wir in unserem **Wahlprogramm** festgehalten:

<https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2021/01/GrueneBW-Landtagswahlprogramm-2021-Wachsen-wir-ueber-uns-hinaus.pdf>

Das Programm gibt es auch in **Kurzform**:

<https://www.gruene-bw.de/wahlen/landtagswahl-2021/wahlprogramm/>

sowie in **Leichter Sprache**: <https://www.gruene-bw.de/wahlen/landtagswahl-2021/wahlprogramm/wahlprogramm-in-leichter-sprache/>

und in **Gebärdensprache**: <https://www.gruene-bw.de/wahlen/landtagswahl-2021/wahlprogramm/wahlprogramm-in-gebaerdensprache/>



Wir wollen einen Sozialstaat, der den Freiraum des Menschen zu seiner Selbstentfaltung wahrt und ihn dort schützt, wo er Schutz benötigt. All diejenigen, die nicht oder nicht vollständig für sich selbst und für ihre Familie sorgen können, sollen sich auf staatliche Unterstützung verlassen können. Die Menschen sollen durch zielgerichtete staatliche Hilfe die Chance erhalten, wieder zu Wohlstand zu gelangen, anstatt auf dauerhafte Hilfe angewiesen zu sein.

Das bedeutet für uns, Chancen und Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass jeder Mensch seinen persönlichen Lebensentwurf verwirklichen kann. Wir stehen in der Verantwortung, Kindern eine Chance auf ein behütetes und gesundes Aufwachsen und die bestmögliche Bildung zu bieten. Erwachsene sollen die gleichen Möglichkeiten und Anreize für ein erfülltes

Erwerbsleben haben. Für ältere Menschen, Menschen mit Krankheit oder Menschen mit Behinderung soll eine Chance auf Teilhabe, Pflege und Unterstützung garantiert werden.

Wir wollen insoweit eine Gesellschaft, in der sich möglichst viele Menschen mit ihren Ideen, Vorstellungen und ihrer individuellen Leistungskraft einbringen.

Grundlage unserer Sozialpolitik ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie verbindet seit mehr als 70 Jahren erfolgreich unternehmerische Freiheit mit sozialer Verantwortung. Sie ist ein Erfolgsmodell und bleibt auch in Zukunft unser Leitbild. Sie eröffnet den Unternehmen leistungsfördernde Freiheitsräume, ermöglicht die Teilhabe aller Beschäftigten am Wohlstand und verwirklicht soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Grundvoraussetzung für ein weiterhin gutes Leben in unserem Land ist, dass gut bezahlte Arbeitsplätze mit langer Perspektive erhalten bleiben und neu entstehen. Wer arbeitet, soll von seinem Lohn gut leben können. Unser Ziel ist es, Betroffene aus der Bedürftigkeit zu holen und ihnen eine Chance zu geben. Wir geben niemanden auf. Wir wollen „Wohlstand für alle“ anstatt „Wohlfahrt für alle“.



Wir werben nicht mit dem Ziel von Steuererleichterungen oder der Senkung von Sozialabgaben. Ein leistungsfähiger Staat braucht auch Einnahmen. Die wollen wir sinnvoll einsetzen und auch sonst das Land und alle seine Bewohnerinnen und Bewohner voranbringen. Dafür haben wir in unserem Wahlprogramm fünf eindeutige Prioritäten formuliert: Arbeit, gute Bildung, Gesundheit & Pflege, Wohnen und Klimaschutz. Das hilft sowohl den Menschen in prekären Lebenslagen als auch solchen, denen es besser geht - und nicht nur der zweiten Gruppe.



Die Altparteien haben jahrelang gezeigt, dass sie Armut nur verwalten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zustände beendet werden und Armut gar nicht erst entstehen kann.



Die Freien Demokraten stehen wie keine andere Partei dafür, das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft zu erfüllen. Wir denken vom Schaffen von Werten her, weil nur damit dem Sozialstaat die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, die er für die nötigen Unterstützungsmaßnahmen benötigt.



Wir sind die einzige Partei, die sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch an der Seite derjenigen Menschen steht, die finanziell und sozial ausgebeutet werden. Unseren Einsatz für eine gerechte Bezahlung, für ausreichend Personal in der Pflege, für armutsfeste Renten oder für die Beseitigung von Hartz IV werden wir auch im Landtag von Baden-Württemberg konsequent führen.